

## Aufbruch in Klein-Istanbul

Montag, 12.10.2009, 00:00 · von FOCUS-Korrespondentin [Margarete van Ackeren](#), FOCUS-Korrespondent [Armin Fuhrer](#), FOCUS-Redakteurin [Elke Hartmann-Wolff](#) (Berlin), FOCUS-Korrespondentin [Ulrike Plewnia](#), [Thomas Tumovec](#) und FOCUS-Korrespondent [Olaf Wilke](#)

Thilo Sarrazin löste mit provokanten Thesen zur Multikulti-Misere in Berlin eine überfällige Debatte aus. Warum er Recht hat

Die Wahrheit ist ein seltsames Ding. Manchmal ist sie ungeschickt verpackt, meist kommt sie ungelegen. Und wer sie missverständlich ausspricht, hat schnell ein ernstes Problem – so wie derzeit Thilo Sarrazin, Vorstandsmitglied der Bundesbank. Seit der 64-Jährige der Berliner Kulturzeitschrift „Lette International“ ein zweistündiges Interview über die Probleme seiner Heimatstadt Berlin bei der Integration von Migranten gab, muss er um seinen Job und sogar um seine Freiheit bangen.

In dem Gespräch, das auf fünf Seiten im Großformat abgedruckt wurde, hatte das SPD-Mitglied Sarrazin die Multikulti-Malaise der Bundeshauptstadt in der ihm eigenen Manier seziert – nüchtern, sarkastisch, tabulos. Als das linksliberale Intellektuellenblatt am 1. Oktober erschien (s. FOCUS 41/09), brach ein Sturm der Entrüstung los.

Bundesbankchef Axel Weber – dessen Presseabteilung Sarrazin zu dem Interview geraten hatte, den Wortlaut seit dem 3. September kannte und wochenlang mitbetreute – distanzierte sich nun von seinem Vorstandskollegen und legte ihm den Rücktritt nahe. Die Berliner Staatsanwaltschaft leitete gar von Amts wegen Vorermittlungen gegen den streitbaren Zahlenprofi ein. Tatverdacht: Volksverhetzung, darauf stehen bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Ein „abwegiger Vorwurf“, findet Alexander Ignor, Professor für Strafrecht an der Berliner Humboldt-Universität. „Die Äußerungen bewegen sich im Rahmen der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit.“ Sie seien kritisch, zum Teil zugespitzt, griffen jedoch nicht die Menschenwürde anderer an. „Sarrazin ist doch kein Volksverhetzer“, stemmt sich auch Frank Berberich, Chefredakteur des „Lette International“, gegen die Woge der Empörung. „Er hat sich vielleicht im Ton vergriffen, aber in der Sache nicht.“

In der „Sache“ scheint einiges in Bewegung zu geraten. Hat der knorrige Senator a. D., der ostelbischem Landadel entstammt, am Ende für die Integration mehr bewirkt als zahllose Sonntagsredner und Gesundheitsbetreuer? Während Sarrazin als Überbringer der schlechten Nachricht der Kadi droht, nimmt die Debatte um die unbestreitbaren Probleme im Einwanderungsland Deutschland, die lange unter den Teppich der politischen Korrektheit gekehrt wurden, kräftig Fahrt auf.

Sarrazins Thesen finden selbst unter Zuwanderern breite Zustimmung. Die politische Klasse hingegen und viele Medien gingen reflexartig auf Distanz. Die Äußerungen seien „Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen“, erregte sich Kenan Kolat, Chef der Türkischen Gemeinde in Deutschland. „Er ist verrückt“, befand die „Frankfurter Rundschau“. Selten hatten öffentliche und veröffentlichte Meinung so wenig gemein.

Nach der ersten Wutwelle werden Fragen laut. „Ist Integration ausschließlich eine Bringschuld des Staates?“, lautet eine davon – rund 50 Jahre nach der Ankunft der ersten Gastarbeiter. Die Förderung der Zuwanderer müsse stärker an Forderungen geknüpft werden, heißt es beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). „Bei den jungen Menschen, deren Eltern nicht in der Lage sind, genügend für die Bildung ihrer Kinder zu tun“, so SVR-Vorsitzender Klaus Bade gegenüber FOCUS, „muss es ausnahmslos und flächendeckend eine Kindertagesstättenpflicht geben.“ Auch die „nachholende Integration“ für Jugendliche ohne Schulabschluss hält der Experte für wichtig. „Da muss die Regel gelten: Entweder ihr macht eine Zusatzausbildung, oder ihr seid draußen vor der Tür.“

Das Umsteuern ist überfällig. Die Langzeitfolgen misslungener Integration, die nur auf Toleranz und Freiwilligkeit setzte, lassen sich in Berlin besichtigen. Obwohl der Ausländeranteil in der Bundeshauptstadt geringer ist als in anderen deutschen Großstädten und Berlin mit enormen Sozialausgaben gegensteuert, sind gefährliche Parallelwelten entstanden. Vor allem unter den rund 200000 türkischstämmigen Berlinern sowie unter der kleinen arabischen Minderheit herrschen teilweise religiöser Fanatismus sowie archaische Grundsätze von Zwangsheirat und Ehrenmord, die mit westlichen Werten und Gesetzen unvereinbar sind.

„Viele Türken stammen aus entlegenen Gebieten in Südostanatolien, wo es keine Zentralinstanzen wie die Polizei gibt“, sagt der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD). „Dort steht die Familie über allem. Wird jemand krank, müssen die Kinder ihn zu Hause pflegen, statt in die Schule zu gehen. Diese Tradition müssen sie in Deutschland aufgeben – notfalls durch staatlichen Zwang.“

Bildung ist der Schlüssel zur Integration, sind sich Experten einig, doch gerade hier haben Türken große Defizite. Im Vergleich zu anderen Migrantengruppen sei das Ausbildungsniveau türkischer Zuwanderer „mit Abstand am ungünstigsten“, hat der Demografieforscher Herwig Birg ermittelt. „Auf 100 Personen ohne Abschluss kommen nur 28 mit Abitur – sie erreichen nur ein Viertel des Niveaus der Zuwanderer aus Afrika.“

Die Nachteile der [türkischen](#) Migranten auf dem Arbeitsmarkt werden durch die anhaltend schlechte Wirtschaftslage der Klein-Istanbul genannten Bundeshauptstadt noch verstärkt. Wer schlecht ausgebildet ist und deshalb keine Arbeit findet, bleibt fast zwangsläufig gefangen im abgeschotteten Mikrokosmos des Familienclans. Und gute Jobs sind Mangelware in Berlin. Der schwächliche Wirtschaftsstandort, der keinen einzigen Dax-Konzern beheimatet, landet im Städtevergleich verlässlich auf den hinteren Rängen.

Das hat auch historische Ursachen: Keine andere Großstadt musste nach der Wiedervereinigung eine ähnliche Schrumpfkur durchstehen. 400000 Industriejobs zählte die Mauerstadt zur Wendezeit, heute ist es kaum noch ein Viertel. Wer in der Dienstleistungswelt der Bürotürme, die auf den Industrie-brachen in den Himmel wuchsen, nicht mithalten konnte oder wollte, wurde nach unten durchgereicht. Endstation: Hartz IV. Betroffen sind überwiegend schlecht ausgebildete Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund.

Der türkischstämmige Unternehmer Nihat Sorgec, Geschäftsführer des Bildungswerks Kreuzberg, hat mit Fleiß und Ausdauer den Aufstieg geschafft. Der Diplom-Maschinenbauingenieur, der wie die Frauenrechtlerin Necla Kelek oder die Grünen-Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz als Kind nach Deutschland kam, ärgert sich über die „Jammermentalität“ türkischer und muslimischer Verbände. Für viele Migrantenkinder sozial schwacher Familien hat auch er wenig Hoffnung: „Die meisten dieser Kinder sind dazu verdammt, in der Unterschicht zu bleiben.“

Wer kein Deutsch spricht, hat schon in der Schule schlechte Karten. Laut einer Statistik der Berliner Bildungsverwaltung mühen sich bereits 77 Schulen in den Innenbezirken der Hauptstadt mit dem Umstand, dass über 80 Prozent ihrer Schüler „nicht deutscher Herkunftssprache“ sind, wie es im Amtsdeutsch heißt. Tendenz steigend. Ein Bericht über Einschulungsuntersuchungen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg kam 2005 zu einem erschreckenden Befund: Mit 23 Prozent der türkischen und mit elf Prozent der deutschen Kinder türkischer Herkunft war eine Verständigung nicht oder kaum möglich. Dass diese Kinder sich ausgegrenzt fühlen, ist verständlich. Wie sie den Schulabschluss schaffen sollen, bleibt rätselhaft. Wer scheitert, sucht nach einem Ventil für seine Wut.

Jung, perspektivlos, zornig ist eine explosive Mischung. Laut Statistiken haben 80 Prozent der jugendlichen Intensivtäter in Berlin einen Migrationshintergrund. „Die Gewaltbereitschaft vor allem unter Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln hat deutlich zugenommen“, hat Michael Schulz beobachtet, der sich im Stadtteil Reinickendorf-Ost als ehrenamtlicher Streetworker um „harte Brocken“ kümmert. Gemeint sind Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren, die bereits kriminell geworden sind.

An einigen seiner Schützlinge könnte der Sozialarbeiter glatt verzweifeln. Zum Beispiel an Deniz, einem 18-Jährigen, der in Berlin geboren wurde. Mehr als 70 Strafanzeigen, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung und Raubes, gehen auf das Konto des jungen Mannes, der sich regelmäßig betrinkt und [Drogen](#) nimmt. „Wir brauchen ein höheres Strafmaß und eine schnellere Justiz, vor allem im Jugendstrafrecht“, fordert Schulz deshalb. Das jetzige System habe keinerlei Erziehungseffekt.

Das zeigt auch die Kriminalkarriere des 18-jährigen Fadie R., Sohn einer libanesischen Großfamilie in Berlin-Neukölln. Mehr als 30 Verfahren wegen Körperverletzung, Raubes, Erpressung und schweren Diebstahls standen bei dem Mitglied der Jugendgang Hermann-Boys zu Buche, bevor er das erste Mal in

Untersuchungshaft kam. Das Urteil – ein Jahr Jugendstrafe – wurde zur Bewährung ausgesetzt. Nur Tage später schlug er einem Kontrahenten den Schädel ein; das Opfer überlebte knapp. Das Urteil diesmal: eine Verwarnung und 40 Stunden Freizeitarbeit. Nach weiteren Straftaten sitzt Fadie R. nun im Gefängnis.

Mehr Jugendrichter und Sozialarbeiter wären hilfreich, Freizeitangebote ebenso – aber wer soll das bezahlen? In der Kapitale, die unter einer Schuldenlast von mehr als 60 Milliarden Euro ächzt, in der die Sozialausgaben explodieren, sinken die Einnahmen. Allein durch schrumpfende Solidarpaktmittel verliert Berlin bis 2019 mehr als zwei Milliarden Euro. Auf Antworten darauf, wie die Stadt dennoch Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Perspektive bieten will, wartet man vergebens. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der sich um höhere Weihen als stellvertretender SPD-Vorsitzender bemüht, ist mal wieder abgetaucht. Zu dem brisanten Thema will er sich auf Anfrage lieber nicht äußern.

Probleme löst man so nicht. Sie wachsen sich auch nicht aus, sondern sie wachsen nach. Laut Berlin-Institut ist die Geburtenrate in Familien mit türkischen und arabischen Wurzeln fast doppelt so hoch wie in deutschen. Dass Deutsche mit Migrationshintergrund schon heute Wahlen entscheiden können, wird auch im Ausland registriert. Die türkische Gemeinschaft sollte „mit ihren drei Millionen Menschen in der Lage sein, in der deutschen politischen Landschaft einen Einfluss auszuüben“, rief der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan im vorigen Jahr 16000 begeisterten Landsleuten in der Köln-Arena zu.

„Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben“, zitierte die Zeitung „Hürriyet“ den türkischstämmigen Hamburger Touristikunternehmer Vural Öger (SPD). „Das, was Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen verwirklichen.“ Von einem Parteiausschlussverfahren gegen das SPD-Mitglied Öger, wie es der Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf im Fall Sarrazin anstrebt, ist nichts bekannt.

Die Zähmung des widerspenstigen Bundesbankers soll an diesem Dienstag bei einer Vorstandssitzung der Währungshüter forciert werden. Weil die Vorwürfe gegen Sarrazin für eine Entlassung nicht ausreichen, will Bankchef Weber den Querdenker entmachten. Laut einer Vorlage, die den Direktoren am Dienstag vergangener Woche in verschlossenen Umschlägen zugeht, muss Sarrazin die Zuständigkeit für Bargeldumlauf und Risikocontrolling abgeben. Der unbequeme, aber fachlich tadellose Finanzexperte, der dann nur noch die Informationstechnologie beaufsichtigen darf, soll wohl durch Demütigung zur Kündigung gedrängt werden. Eine Praktik, die man auch aus weniger vornehmen Häusern kennt. Dort heißt sie Mobbing.

„Es ist ein Skandal, wenn türkische Jungen nicht auf weibliche Lehrer hören, weil ihre Kultur so ist“

„Wir haben in Berlin 40 Prozent Unterschichtgeburten, und die füllen die Schulen“

„Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt (...) hat keine produktive Funktion außer für den [Obst-](#) und Gemüsehandel“

Zitate von Thilo Sarrazin

## **Brennpunkt Hauptstadt**

Nirgends stellt sich die Situation der Ausländer und Migranten so dramatisch dar wie in Berlin, wo besonders viele schwer integrierbare Türken leben.

Türken bilden die größte Migrantengruppe. Die anpassungsfähigeren Vietnamesen bringen es nur auf einen Bruchteil

Arme Hauptstadt Die Kaufkraft der Berliner liegt klar unter der der Bayern. Das wirkt sich auch auf die Migranten aus

Einen besonders hohen Anteil an Migranten ohne Bildungsabschluss haben Berlin und Bremen

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Ausländer in Berlin stärker als in anderen Großstädten und Stadtstaaten

Ohne Abschluss sind in Berlin besonders viele Personen mit Migrations-hintergrund

---

Quellen: Berlin Institut, Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, GfK GeoMarketing, Sozialstrukturatlas Berlin 2008

© FOCUS Online 1996-2015

Drucken

**Fotocredits:**

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.

[http://www.focus.de/politik/deutschland/migration-aufruhr-in-klein-istanbul\\_aid\\_443640.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/migration-aufruhr-in-klein-istanbul_aid_443640.html); 3.5.2015.